

HOLLYHEDGE REPORT – Oktober / November 2019

RÜCKBLICK

Die Zinssenkungen der USA und der EZB haben die Rentenmärkte nochmals beflügelt und seit Juli vereinzelt zu neuen Zinstiefstständen geführt. Mittlerweile herrschen in 13 Ländern Negativzinsen. Die Währungs- und Aktienmärkte haben sich demgegenüber zur Überraschung vieler Marktteilnehmer im Grunde seitwärts bewegt. Die erneute Rentenhausse seit Beginn des Monats August wurde von der Furcht der Anleger getrieben, dass die immer undurchsichtiger werdende politische Gemengelage in Ost und West die schon schwächelnde Weltkonjunktur zusätzlich belasten könnte. Es kam an den Finanzmärkten zusätzlich zu den alten Brennpunkten die Sorge auf, dass die beteiligten Regierungen die Kontrolle über die sich verschärfenden Krisenherde in Hongkong und am Golf zwischen Persien und Saudi-Arabien verlieren könnten. Hinzu kam die erneut entfachte Kontroverse über die Klimakrise durch das Auftreten der Jugend bei dem UN Gipfel in New York.

AUSBLICK

Die bisherige Ruhe an den Aktienmärkten könnte jedoch noch erheblich gestört werden, wenn sich im weiteren Jahresverlauf herausstellen sollte, dass es der Politik nicht gelingt, die internationalen Krisenherde in den Griff zu bekommen und die Weltwirtschaft wieder in Schwung zu bringen. Das gilt insbesondere für Europa mit seinen zusätzlich hausgemachten Problemen. Da sich die Konflikte weiter zugespitzt haben, nimmt der Druck noch mehr auf die Politik zu, einerseits Lösungs- und Entspannungsansätze zu erarbeiten und andererseits in der Wirtschafts- und Finanzpolitik jetzt endlich die lange überfälligen Infrastruktur- und Zukunftsinvestitionen anzugehen. Dies gilt umso mehr, als die letzten Zinsentscheide der Fed und der EZB eindeutig gezeigt haben, dass die Zentralbanken jetzt mit ihrem Latein wirklich am Ende sind und seitens der Politik entlastet werden müssen. Es wäre ein aberwitziger und gefährlicher Trugschluss, weiterhin mit Negativzinsen und Rentenkäufen finanzwirtschaftlich und ökonomisch die Welt retten zu wollen. Diese Politik hat seit Anbeginn den Konzernen und den Reichen genutzt und den Sparern geschadet. Das sollte auch aus ordnungspolitischen Gründen jetzt ein Ende haben.

Zusätzlich haben in den letzten Wochen die Ereignisse um den Klimaschutz verdeutlicht, dass dieses Thema nicht mehr auszuklammern und es ein dauerhafter Bestandteil der Weltpolitik geworden ist. Das gilt auch für die USA und China, die bislang die nationale Umweltpolitik vernachlässigt haben. Deutschland hat mit dem Klimaschutzprogramm 2030 dazu einen ersten Beitrag leisten wollen, der aber in der ursprünglichen Absicht bei weitem nicht notwendige Wirkung entfalten wird. Es ist eigentlich ein Konjunkturprogramm von 54 Mrd. Euro und eine politische Mogelpackung, dass auch dem Zweck zu dienen scheint, die Regierung mit ihrem Gefolge bis in das Jahr 2021 hinein am Leben zu halten.

Alle wissen, dass die Globalisierung und die Internetrevolution Fakten geschaffen haben, die irreversibel sind. Alle Industriegesellschaften sind jetzt aufgefordert, den grundsätzlichen strategischen Politikwechsel von ihren politischen und wirtschaftlichen Eliten einzufordern, wollen sie die wirtschaftliche und soziale Zukunft ihrer heranwachsenden Generationen nicht gefährden. Das wird ein zäher Prozess und ein langer und steiniger Weg werden, der aber

gegangen werden muss. Ich wiederhole mich seit langem in diesem Punkt, aber ich glaube, dass das Jahr 2019 eine Zäsur darstellt. Je nachdem, wie die Entscheidungen getroffen werden, geht es von 2020 ab- oder aufwärts.

KAPITALMARKTAUSSICHTEN

Ob erste Anzeichen in die eine oder andere Richtung bereits im kommenden Quartal sichtbar werden, ist vom heutigen Standpunkt noch nicht auszuloten. Deshalb ist auch die Frage nach der zu erwartenden Erholung der globalen Wirtschaft in 2020 zurzeit nicht zu beantworten. Die zukünftige Richtung der Zinsen und der Aktienmärkte werden in den nächsten Monaten am ehesten Aufschluss darüber geben, wohin der Hase läuft. Würde alles in der Politik und bei den Zentralbanken beim Alten bleiben, dann sollten sich die Anleger auf weiter fallende Zinsen mit neuen Tiefstständen und dann aber auch wieder auf fallende Aktienkurse vor allem in der EU einstellen.

Nach den Ereignissen der letzten Monate und der sichtbar gewordenen Konsequenzen ist dieses Szenario eigentlich nicht wahrscheinlich. Vielmehr lassen neue politische Konstellationen und Zwänge auch eine Sicht zu, die das bisher trübe Bild allmählich erhellen könnten. Die USA und China stehen zunehmend aus ökonomischer Notwendigkeit unter Druck, endlich zu einem tragbaren Handelsabkommen zu gelangen, zumal in 14 Monaten Präsidentschaftswahlen in den USA anstehen und China das Problem „Hongkong“ aus innenpolitischen Gründen nicht auf die lange Bank schieben kann. Beide Länder werden zudem den eigenen Umweltproblemen und dem Klimawandel in Zukunft eine höhere Priorität einräumen müssen. Am 1. November beginnt die neue Amtsperiode der EU Kommission, die neue Akzente setzen sollte, um die Europaidee wieder zu beleben und die gesellschaftliche Einbindung der Mitgliedsländer zu erleichtern. Nach dem Theater der letzten Wochen könnten England und die EU an Stelle des heutigen Brexit-Patt eine neue Lösung der zukünftigen Zusammenarbeit finden. Deutschland wird Wege finden, die angedachten Investitionen trotz der wiederbelebten NEIN DANKE-Politik seitens zahlreicher Umweltorganisationen zügig in Angriff zu nehmen. Dem Beispiel folgend könnten auch andere EU Länder über eine abgewandelte Schuldenpolitik im Einvernehmen mit der EZB und Brüssel Konjunktur stimulierende Infrastrukturprogramme in Gang setzen. Es ist auch nicht sicher, ob die GroKo das Jahr überleben und dann ein neues Parlament neue richtungsweisende Akzente setzen wird.

Es gibt also einen ganzen Korb von möglichen positiven Veränderungen, die eine grundsätzliche zukunftsweisende Neuausrichtung von Politik und Wirtschaft bewirken können, wenn nur die Vernunft an die Verhandlungstische zurückkehrt. Darauf baut die Investmentpolitik des MILLENNIUM GLOBAL OPPORTUNITITES Fonds. Mit dieser Zuversicht erwartet das Management zum Jahresende eine Normalisierung der Zins- und Rentenmärkte und setzt auf einen Aufschwung an den Aktienbörsen in 2020.

30.9.2019